

## **Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.09.2002**

---

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II  
Sitzungsdauer: 17:00 bis 18:40 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Helga Grix

ANWESENDE:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

#### **SPD**

Ratsfrau Helga Grix - Vorsitzende -  
Ratsherr Rico Mecklenburg  
Beigeordnete Lina Meyer

für Ratsfrau Elfriede Meyer

#### **CDU/FDP**

Ratsherr Ihno Groeneveld  
Ratsherr Holger Klaassen  
Ratsherr Nils Köhler

### **Stimmberechtigte sonstige Mitglieder**

Herr Wilhelm Grix  
Frau Regina Meinen  
Herr Norbert Haarmeyer  
Herr Florian Treptow

### **Nichtstimmrechtige Mitglieder**

#### **Bündnis 90/Die Grünen**

Ratsherr Bernd Renken

#### **Beratende Mitglieder**

Herr Timo Kromminga  
Herr Abdou Quedraogo  
Frau Monika Weniger  
Frau Elfriede Wilts  
Frau Ingrid van Schwarzenberg  
Herr Walter Saathoff  
Herr Tom Sprengelmeyer

#### **von der Verwaltung**

Stadtrat Martin Lutz  
Stadtamtsrat Richard Lücht  
Stadtamtsfrau Beate Stomberg  
Stadtangestellter Dieter Wegener als Protokollführer

#### **Als Gäste**

2 Vertreter der Presse  
5 Zuhörer  
Ratsherr Kurt-Dieter Beisser

**Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Grix** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Presse sowie die anwesenden Zuhörer und Ausschussmitglieder und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

**Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

Gegen die vorgelegte Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 3** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

**Punkt : 4** Vorlage 14/309-00  
Fortsetzung Eckwerteverfahren zum Haushalt 2003

**Herr Lutz** stellt die Wichtigkeit der Fachbudgets in den Fachbereichen heraus. Die einzelne Haushaltsstelle sei zur Information nicht mehr von Bedeutung. Interessant sei aber, wieviel ein Produkt koste und welche Ziele mit dem Produkt verbunden seien. Diese Information solle das Produktbuch liefern. Für den Jugendhilfeausschuss sei es wichtig, in die Diskussion über die Produkte einzusteigen und Anregungen zu geben, die dann umgesetzt werden könnten.

**Herr Saathoff** trägt vor, dass im Frühjahr drei Topziele für die Stadt Emden entwickelt wurden, wovon eines die "Förderung und Zuwendung für die Jugend und Bildung" ist. Daraus seien ehrgeizige Fachbereichsziele abgeleitet worden. Diese Ziele seien:

1. Steigerung der Schulabschlussquote um 50 % in drei Jahren und Erhöhung der qualifizierten Schulabschlüsse um 20 % in drei Jahren
2. Reduzierung der Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen bis 27 Jahren um 10 % pro Jahr
3. Verbesserung der sozialen Rahmen- und Lebensbedingungen für Familien mit der Auswirkung, dass sich die nachfolgenden Messbarkeitskriterien in den nächsten 3 Jahren jeweils um 10 % reduzieren (Anzahl der Sozialhilfempfänger bis zum 27. Lebensjahr, Kriminalrate bei Jugendlichen, Gesundheitszustand bei Kindern, die eingeschult werden).

Nachdem nunmehr weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen als bisher, seien die Ziele nicht mehr so umsetzbar und müssten zeitlich gestreckt werden. Unter den gegebenen Umständen ließen sich die Fachbereichsziele nur allgemein auf die Steigerung der Schulabschlussquote, auf die Reduzierung der Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen und auf die Verbesserung der sozialen Rahmen- und Lebensbedingungen ausrichten.

Nach dem Eckdatenbeschluss betrage der Zuschuss für den Fachbereich 600 insgesamt 20.150.000 EURO. Der Fachbereich habe aber neben der Zuschussreduzierung von 258.300 EURO, Personalmehrkosten in Höhe von 405.500 EURO und Einnahmerückgänge in Höhe von 221.500 EURO zu verkraften. Diese Faktoren hätten dazu geführt, dass die Sachkosten um 671.700 EURO (10,7 %) und die Zuweisungen um 213.600 EURO (2,74 %) gekürzt werden mussten.

**Herr Saathoff** erklärt, dass beim Personal nur eine Hausmeisterstelle für die Schule Constantia hinzu gekommen sei. Insbesondere Umsetzungen hätten zu den hohen Personalmehrkosten beigetragen. Bei den Sachausgaben werde man erhebliche Probleme mit der Finanzierung der Pflichtaufgaben bekommen.

**Frau Grix** ruft die einzelnen Produkte auf und fordert die Anwesenden auf, in die Diskussion über die Produkte einzusteigen.

#### **Produkt 51.2.2.3 Materielle Förderung**

**Herr Grix** möchte wissen, ob Unterhaltsschuldner angezeigt werden.

**Herr Lutz** erläutert, die Zahlungsmoral habe sich nicht gebessert. Das Nichtbezahlen von Unterhaltsschulden sei die am meisten verfolgte Straftat in Deutschland.

**Herr Saathoff** ergänzt, dass der Fachdienst bei Vorliegen der Voraussetzungen sehr rigide vorgeht.

**Herr Renken** fragt, ob das Ziel, eine 30 %ige Rückholquote zu erreichen richtig ist, wenn bereits 28,98 % erreicht wurden.

**Herr Lücht** erklärt, das Jahr 2001 sei nicht vergleichbar. Inzwischen haben sich die Selbstbehalte der Unterhaltspflichtigen und die Pfändungsfreigrenzen erhöht, so dass es ungleich schwieriger werde, eine Rückholquote von 30 % zu erreichen.

**Herr Klaassen** ist der Meinung, dass die genannten Zuschüsse keine Sachziele sind.

**Herr Lutz** antwortet, die Zielformulierung werde überdacht. Seines Erachtens seien die Zuschüsse im Erläuterungsteil aufzuführen.

#### **Produkt 51.2.1 Kinder- und Jugendarbeit - Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes -**

**Herr Klaassen** erklärt, ihm sei die Zielformulierung zu global.

**Herr Saathoff** weist darauf hin, dass dieses Produkt zweimal vertreten ist. Man habe den Kinder- und Jugendschutz mit den Finanzdaten und den Kennzahlen besonders ausgewiesen, weil das Produkt "Kinder- und Jugendarbeit" auf Seite 70 sehr umfassend ist.

**Herr Lutz** kündigt an, man werde der Anregung von Herrn Renken folgen und das Produkt "Kinder- und Jugendarbeit" im Produktbuch nur einmal darstellen.

#### **Produkt 51.3.1 Beratung**

**Herr Klaassen** empfiehlt, als weitere Kennzahl die Anzahl der Schulverweigerer aufzunehmen.

**Frau Kohnen** weist darauf hin, dass die Zahlen dem Fachdienst Sozialer Dienst nicht zur Verfügung stehen.

**Herr Saathoff** erklärt, man werde prüfen, ob als Kennzahl die Anzahl der Bußgeldbescheide, die das Ordnungsamt in diesem Zusammenhang erteilt, genommen werden kann.

**Herr Renken** fragt nach dem Unterschied zwischen dem Produkt "Beratung" und "Psychologische Erziehungsberatung".

**Frau Kohnen** erklärt die unterschiedlichen Schwerpunkte, und zwar einerseits die psychologische Beratung und andererseits die sozialpädagogische Beratung. Im übrigen

liege der Unterschied darin, dass von der Erziehungsberatungsstelle Therapien angeboten werden.

#### **Produkt 51.4.1 Familienersetzende Hilfen**

**Herr Grix** fragt, wie sich das Pflegekinderwesen entwickelt hat.

**Herr Saathoff** stellt dar, dass die Anzahl untergebrachter Kinder in Heimen oder ähnlichen Wohnformen und Pflegefamilien sich in den vergangenen Jahren angenähert hat. Früher seien im Verhältnis mehr Pflegefamilien belegt gewesen. Der Grund liege darin, dass die Erziehungsproblematik heute schwerwiegender ist und Pflegeeltern damit häufig überfordert sind. Es mangle nicht an Pflegeelternbewerbungen, diese würden im übrigen ausreichend geschult.

Leider habe man zur Zeit 76 Kinder und Jugendliche in Heimen oder ähnliche Wohnformen untergebracht, soviel wie noch nie. Das sei nicht hausgemacht, sondern liege daran, dass die Stadt Emden in 11 Fällen zuständig geworden sei, weil die Eltern untergebrachter Kinder nach Emden zugezogen sind. Das führe dazu, dass ein Haushaltsrest in diesem Jahr in voller Höhe ausgegeben werden muss und im nächsten Jahr erhebliche finanzielle Engpässe entstehen, wenn die Entwicklung so anhält.

#### **Produkt 50.2.5 Kommunale Prävention**

**Herr Renken** stellt fest, dass ein Zuschuss in Höhe von 5.100 EURO für den Täter-Opfer-Ausgleich nicht im Budget enthalten ist. Er fragt, ob dieser Zuschuss nicht mehr erforderlich ist.

**Herr Saathoff** erklärt, die Volkshochschule mache sehr gute Arbeit. Die Fallzahlen hätten sich in diesem Jahr bereits verdoppelt. Man habe einmalig einen Zuschuss aus einem Haushaltsrest bezahlen können. Die Aufnahme eines Haushaltsansatzes in das Budget sei nicht möglich, da es sich um eine freiwillige Maßnahme handelt. In erster Linie sei das Land für die Finanzierung zuständig. Andererseits zahle der Landkreis Aurich auch einen entsprechenden Zuschuss.

#### **Produkt 51.1.1 Plätze in Kindertageseinrichtungen**

**Herr Mecklenburg** möchte wissen, ob der geforderte Anbau des Kindergartens beim Ökowerk berücksichtigt wurde.

**Herr Lutz** erwidert, dass noch keine finanziellen Daten vorliegen und eine Berücksichtigung deshalb noch nicht möglich war.

**Herr Renken** bittet, die Kosten relativ rasch zu ermitteln und auf den Tisch zu legen. Außerdem fragt er, was mit den zehn zusätzlichen Plätzen aus dem Zielkatalog sei.

**Herr Sprengelmeyer** verweist auf Punkt 5 der Erläuterungen zu diesem Produkt und stellt fest, dass weitere Angebote nicht gemacht werden können, insbesondere auch keine zusätzlichen Plätze bei den Kindergärten oder Kinderhorten geschaffen werden können.

**Herr Mecklenburg** ist der Meinung, dass Schwerpunkte im Kindertagesstättenbereich gesetzt werden müssen, um die Hauptziele zu erreichen. Mit den vorgesehenen krassen Kürzungen sei er nicht zufrieden.

**Herr Saathoff** stellt dar, dass der Fachdienst Jugendförderung einerseits - genau wie die anderen Fachdienste - habe Kürzungen hinnehmen müssen. Andererseits sei dann der

## **Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.09.2002**

---

Jugendförderung wiederum 200.000 EURO für neue Projekte zur Verfügung gestellt worden.

**Herr Sprengelmeyer** erläutert auf Anfrage von Herrn Renken, dass er zunächst habe 240.000 EURO einsparen müssen und dann 200.000 EURO bekommen habe. Um handlungsfähig zu bleiben, habe er gestrichene Positionen wieder hineingenommen. Zusätzlich seien berücksichtigt worden: Kinderhort Herrentor, Jugendcafé CVJM, AWO-PRINT-Baustein/Schule/Beruf, Beteiligungsprojekte, Zuschüsse an Vereine/Verbände.

### **Produkt 51.2.1 Kinder- und Jugendarbeit**

**Herr Mecklenburg** stellt fest, dass der Antrag des Constantia-Treffs unberücksichtigt geblieben ist. Er verweist auf die gute ehrenamtliche Arbeit, die dort gemacht wird und plädiert für die Gewährung des Zuschusses in Höhe von 4.230 EURO.

**Herr Sprengelmeyer** betont, dass über die o.g. Maßnahmen hinaus keine neuen Dinge finanziert werden können.

**Herr Mecklenburg** und **Herr Klaassen** fragen nach dem geplanten Jugendtreff Wybelsum und dem Erlös eines in diesem Zusammenhang stehenden Hausverkaufes.

**Herr Sprengelmeyer** entgegnet, das Haus sei zwar verkauft worden, die Erlöse seien aber anderweitig verwendet und nicht der Jugendförderung zur Verfügung gestellt worden.

**Frau Meyer** fragt nach den Öffnungszeiten im Jugendzentrum Alte Post.

**Herr Sprengelmeyer** will eine derzeit freie Stelle intern für das Jugendzentrum Alte Post nutzen. Dadurch werden sich die Öffnungszeiten erweitern.

### **Produkt 51.2.2 Schulbezogene Sozialarbeit**

**Herr Sprengelmeyer** erläutert, dass es sich um ein neues Produkt handelt. Der Jugendhilfeausschuss habe hier die Möglichkeit, frühzeitig lenkend und gestaltend einzugreifen.

Bei dem bisherigen Projekten habe es entweder Fördermittel des Landes oder ABM-Mittel gegeben. Leider konnte ein Antrag der Wallschule auf Gewährung eines Zuschusses von 10.000 EURO nicht berücksichtigt werden.

**Herr Treptow** stellt fest, dass in Wybelsum keine Aktivitäten mehr sind.

**Herr Sprengelmeyer** erläutert, dass das Niedersächsische Landesjugendamt ein IMPULS-Programm zur Förderung der Kooperation Schule/Jugendhilfe anbietet. Es sei beabsichtigt, hierzu in Zusammenarbeit mit Schule/Jugendzentrum Larrelt/Bürgerverein Larrelt und der Arbeiterwohlfahrt als Träger ein Konzept zu erstellen. Das Konzept solle schulbezogene und offene Sozialarbeit verbinden.

**Herr Grix** unterstützt diesen Antrag, weist aber gleichzeitig auf die notwendige langfristige finanzielle Absicherung der Maßnahme hin.

**Frau Grix** stellt fest, dass dieser Tagesordnungspunkt nunmehr abgehandelt ist. Sie setzt Übereinstimmung voraus, dass die Vorlage zur weiteren Beratung an die Fraktionen verwiesen wird.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

**Punkt : 5**      Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen des Oberbürgermeisters vor.

**Punkt : 6**      Anfragen

**Herr Treptow** fragt, ob es einen Vergleich mit anderen Städten über die Höhe der Sozialausgaben gibt.

**Herr Saathoff** erläutert, dass ihm nur Zahlen aus dem Jugendhilfebereich vorliegen. Emden hatte im Jahre 2001 im Vergleich zu den Städten Delmenhorst, Oldenburg und Osnabrück mit 283,30 DM die niedrigsten Kosten je Kopf der Bevölkerung und läge im Schnitt ca. 40,00 DM günstiger als die anderen Städte.

**Herr Groeneveld** geht davon aus, dass das Stadtteilzentrum im Bunker Barenburg vom Fachbereich 600 betrieben wird und möchte wissen, ob es bereits Planungen gibt.

**Herr Lutz** antwortet, dass die Neubauplanungen bis zum Jahre 2004 abgeschlossen sein sollen, ein detailliertes Betreiberkonzept liege noch nicht vor. Somit könne auch noch nichts zu den Folgekosten gesagt werden.

**Herr Treptow** fragt danach, ob bereits bekannt ist, welche Vergünstigungen Inhaber einer Jugendleitercard bekommen sollen. Er weist darauf hin, dass die ehrenamtlich arbeitenden Jugendleiter in Emden keine Vergünstigungen bekommen. Sie müssen z.B. ihre Busfahrten zu den Stadtjugendringsitzungen oder zu den Gruppentreffen voll bezahlen. Ebenso sei es z.B. auch mit den Eintrittsgeldern in Schwimmbädern oder bei Fotokopierkosten. Seines Erachtens müsse in Emden dringend etwas passieren. Außerdem regt Herr Treptow an, dass sich der Oberbürgermeister einmal jährlich mit den Jugendgruppenleitern trifft zu einer sogenannten Dankeschön-Veranstaltung.

**Herr Sprengelmeyer** schlägt vor, diese Gedanken auf der nächsten Sitzung des Stadtjugendringes zu konkretisieren.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.40 Uhr.